

BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg), Gr. Neumarkt 28, I. Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Büttengasse 12. Postzeitungsliste Nr. 1787a.

Abstimmung über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung im Verbands.

Auf dem diesjährigen Verbandstage (8. bis 11. April in Mainz) wurde der Verbandsvorstand beauftragt, noch in diesem Jahre eine Abstimmung der Mitglieder über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung im Verbands vorzunehmen.

Nach den Beschlüssen des Vorstandes findet dieselbe in der Zeit vom 1. bis 31. Oktober d. J. statt und ist eine namentliche Abstimmung.

Au die Vorstände der Mitgliedschaften und Vertrauensleute für die Einzelmitglieder ist entsprechend der Mitgliederzahl eine genügende Anzahl Stimmzettel folgenden Wortlautes gesandt worden:

Verband der Bäcker Deutschlands,

Mitgliedschaft

(Stempel der Mitgliedschaft.)

Stimm-Bettel.

Sind Sie für Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung im Verbands bei Erhöhung der Beiträge auf 40 Pfg. pro Woche?

(Ja oder Nein.)

NB. Bei diesem Beitrag würde bis zur Höchstdauer von 42 Tagen im Jahre Arbeitslosenunterstützung gewährt werden nach

52 wöchentlich Mitgliedschaft pro Tag Mk. 1.— 156 " " " " " 1.20 260 " " " " " 1.50

oder an Mitglieder, welche 3 Jahre Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung nicht beanspruchten im Erkrankungsfall (Erwerbsunfähigkeit) pro Tag Mk. 1.— Krankenzuschuß, desgl. im Sterbefall eines Mitgliedes an dessen Frau oder Kinder nach 156 wöchentlich Mitgliedschaft ein Sterbegeld von Mk. 30.—, nach 260 wöchentlich Mitgliedschaft Mk. 50.—.

(Unterschrift des Mitgliedes.)

(Jahr und Tag des Eintritts in den Verband.)

Nur solche Mitglieder, die ihren statutarischen Pflichten genügt, d. h. nicht länger als 8 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, haben das Recht, sich an der Abstimmung zu beteiligen.

Jedes Mitglied hat selbst den Stimmzettel mit „Ja“ oder „Nein“ auszufüllen und dieses durch seine Namensunterschrift zu bescheinigen. Der Stimmzettel wird dann von dem seitens der Mitgliedschaft dazu Bevollmächtigten mit dem Stempel versehen, wie Jahr und Tag des Eintritts in den Verband darauf eingetragen.

Die Abstimmung kann (aber braucht nicht) in Mitgliederversammlungen vorgenommen werden, doch muß in ersterem Falle auch den nicht in der Versammlung anwesenden Mitgliedern Gelegenheit gegeben werden, ihre Stimme abzugeben. Hauptsache ist, daß möglichst jedes Mitglied seine Stimme abgibt und ist es wohl notwendig, daß durch Einsamler oder Bezirksleiter den Mitgliedern die Stimmzettel unterbreitet und wieder abgeholt werden.

Bis 31. Oktober d. J. müssen alle Stimmzettel von den Mitgliedern eingeholt und dieselben an den Hauptvorstand gesandt werden. Stimmzettel, welche erst nach dem 3. November beim Hauptvorstand eingehen, können dem schließlichen Resultat der Abstimmung nicht mehr hinzugerechnet werden, werden vielmehr als ungültig betrachtet.

Wir erwarten, daß gemäß der Bedeutung dieser wichtigen Frage für unseren Verband auch die Vorstände der Zahlstellen und alle Mitglieder der Sache das nötige Interesse entgegenbringen und das Resultat der Abstimmung ein imponantes sein wird.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: D. Almann, Vorsitzender.

Katholische Sozialpolitik.

Von Brutus.

II.

Kürzlich hielten die Katholiken Deutschlands in Osnabrück ihre 48. Generalversammlung ab. Ein großer Teil der Verhandlungen war der Sozialpolitik gewidmet und die

„Arbeiterfreundlichkeit“ des Zentrums erstrahlte in hellem Lichte. Alle andern Parteien sind ja die reinen Waisenkinder dazwischen und speziell die Sozialdemokratie kann — wenn man den ultramontanen Rednern glauben will — auf den Namen einer Arbeiterpartei überhaupt keinen Anspruch machen. Die Hauptmacher der Versammlung verstanden es meisterhaft, die Klassenbewußten, gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter mit Schmutz zu bewerfen, während sie die katholischen Arbeiter streichelten und umschmeichelten. In der widerlichsten Weise wurde der Arbeiterfang getrieben, um die wachsende Empörung, die sich auch in katholischen Arbeiterkreisen bemerkbar macht, zu beschwichtigen. Bereits der erste Redner, ein Rechtsanwalt aus Kiel, begann mit dieser Lobhudelei, indem er auf den Festzug der katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine hinwies, ausführte: „Man spricht von dem Massentritt der Arbeiterbataillone, vor dem die Besipenden erzittern. Allein vor dem Massentritt der Arbeiterbataillone, die heute durch die Straßen Osnabrücks zogen, kraucht Niemand zu erzittern, denn es war ein Zug von christlichen Arbeitern, die unter der Fahne von Jesus Christus nach dem Vereinshaufe zogen, um ihren heiligen Glauben zu bekennen, ihr religiöses Bewußtsein zu stärken. Die katholische Kirche hat das christliche Familienleben, das stärkste Bollwerk gegen alle revolutionären Umsturzbestrebungen, gefestigt. Die Katholiken sind aber nicht nur treue Söhne ihrer heiligen Kirche, sie sind ebenso gute Patrioten, die in Liebe und Treue zu ihrem angestammten Herrscherhaufe stehen.“

Nach der Meinung des Redners haben also die katholischen Arbeitervereine den Zweck, den heiligen Glauben zu befestigen und das religiöse Bewußtsein zu stärken.“ Nebenbei haben sie auch noch den Zweck, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, weshalb die Hauptaufgabe der geistlichen Arbeiterführer darin besteht, ihre frommen Schäflein vor der „unheimlichsten Sozialdemokratie“ und den „unchristlichen Gewerkschaften“ grüßlich zu machen. Leider haben sie bislang in dieser Beziehung noch große Erfolge erzielt, doch werden heutzutage bereits in den katholischen Arbeitervereinen Stimmen laut, die da meinen, es sei besser, wenn auch die katholischen Arbeiter ihr Standes- und Klassenbewußtsein hätten und energisch für eine Hebung ihrer Klassenlage einträten.

In der Zentrumspartei haben die Arbeiter ja doch keinen Einfluß, dort führen „die Herren“ das Wort und die Arbeiter bilden das Stimmvieh und lassen sich leithammeln. Die Angehörigen der besitzenden Klassen, die Grundbesitzer, Fabrikanten und schließlichen Grundbarone spielen die Hauptrolle und vertreten ganz naturgemäß die Interessen ihrer Klassengenossen, wobei sie mit aller Macht darauf aus sind, sich auf Kosten der Arbeiter — natürlich auch der katholischen — die Taschen zu füllen. Das wirtschaftliche Interesse ist eben stärker, als die Zusammengehörigkeit der Konfession. Wie wenig die Vertreter der katholischen Religion geneigt sind, Arbeiterpolitik zu treiben, zeigt sich aus den verschiedensten Vorkommnissen der letzten Jahre. Wir erinnern nur an die Kämpfe der katholischen Arbeiter in Aachen, München-Gladbach, Arefeld usw. zur Verteidigung ihres Koalitionsrechtes gegen die katholischen Unternehmer. In Fabrikanten in Borchholz, eifrige Anhänger der Zentrumspartei, erließen im vorigen Jahre eine Bekanntmachung, wonach sie beschloßen hätten, „um das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht zu stören, fürberhin kein Mitglied des christlichen Textilarbeiterverbandes mehr in Arbeit zu nehmen.“ Das ist des Pudels Kern: sobald die christlichen Arbeiter Forderungen stellen und dadurch den Frieden stören, werden sie von ihren christlichen Glaubensbrüdern aufs Pflaster geworfen. Wir verweisen ferner auf das vorjährige Hirtenschreiben der preussischen Bischöfe, worin „das ungeduldige Verlangen der arbeitenden Klasse und die Lohnkämpfe, welche die Leidenschaften aufstacheln und die Erbitterung zwischen den Gesellschaftsklassen steigern“, scharf getadelt werden. Nicht minder auch zeigt uns das Begleitschreiben des Erzbischofs von Freiburg, wie sich die offiziellen Vertreter des Katholizismus zu den auf

Besserung ihrer Lebenshaltung gerichteten Bestrebungen der katholischen Arbeiter stellen.

Da ist es denn kein Wunder, daß die frommen Schäflein flugig werden und allgemach dem Zentrum die Herdesfolge versagen. Andererseits erklärt es sich auch, daß die Zentrumseule doppelte Anstrengung machen, die katholischen Arbeiter, die sie bei den Wahlen nicht entbehren können, d. h. die Masse der Arbeiterfreundlichkeit an sich zu fesseln. Zu dem Ende nehmen sie keinen Anstand, die moderne politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in der niederträchtigsten Weise zu beschimpfen und zu verläumdern und sich selbst als die einzig wahren Arbeiterfreunde hinzustellen. Diese Taktik kam auf dem Osnabrücker Katholikentage wiederum zur Anwendung. Es wurde hier sehr viel gelaßt von der christlichen Sozialreform, ohne daß irgend Jemand erklärte, was eigentlich darunter zu verstehen ist. Der Arbeitersekretär Giesbers aus München-Gladbach, ein begeisterter Schwärmer für die Hungerzölle, die er vom Standpunkt der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ aus warm befürwortet, brachte eine Resolution ein, welche die Aufgaben der katholischen Arbeitervereine, wie folgt, festlegt:

„Die Generalversammlung erkennt es als eine wichtige und durch die Zeitumstände dringend gebotene Aufgabe der katholischen Arbeitervereine an, der allseitigen geistigen Ausbildung ihrer Mitglieder erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Insbesondere erscheint es notwendig, daß die Arbeitervereine 1. durch gründliche Unterrichtung ihrer Mitglieder über die Wahrheiten der heiligen Religion dieselben in den Stand setzen, den wachsenden Angriffen auf die Lehren und Einrichtungen der katholischen Kirche erfolgreich entgegenzutreten; 2. durch Förderung der allgemeinen geistigen, wie der fachlichen Bildung ihre Mitglieder anregen und befähigen, den steigenden Anforderungen der fortschreitenden technischen Entwicklung von Handwerk und Industrie durch geübte Berufsbücherei zu entsprechen; 3. durch Veranstaltung sozialer Vorträge und Unterrichtsstunden die intelligenteren Mitglieder Schulen für eine wirksame Vertretung und Verteidigung der Grundzüge der christlichen Sozialreform, wie für eine fruchtbarere Mitwirkung bei der Durchführung der Arbeiter-Gesetzgebung, ebenso bei der Verwaltung der Gewerbeämter und Krankenkassen.“

Wie unsere Leser bemerkt haben werden, enthält diese Resolution nichts davon, daß die Arbeitervereine in erster Linie den Zweck verfolgen müssen, für ihre Mitglieder bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Die katholischen Arbeitervereine sollen weiter nichts sein, als Werkstätten für die Zentrumspartei und religiöse Konventikel. Da ist es denn ganz verständlich, daß die Geächteten die Leitung dieser Vereine in der Hand haben. Es sich die Vereine auf die Dauer mit dieser kläglichen Rolle begnügen werden, darf man füglich bezweifeln.

Die Glatznummer der Katholikenversammlung war ohne Zweifel der Vortrag des Kaplans Dasbach über die „katholische Sozialpolitik“. Dieses Pfäfflein, ein Ausbeuter schlimmster Sorte, der es durch die unfaubereften Kniffe und Schmeicheleien zum steinreichen Mann gebracht hat, hatte die Aufgabe übernommen, das Zentrum als die Arbeiterpartei par excellence hinzustellen. Er versuchte den Nachweis zu erbringen, daß die deutsche Sozialreform der letzten Jahrzehnte lediglich dem Papste resp. dem Zentrum zu verdanken sei. Bekanntlich hat Fürst Bismarck seiner Zeit im Reichstage erklärt, daß ohne die Sozialdemokratie „das Bismarck'sche Sozialreform“ gar nicht vorhanden sei, aber Dasbach weiß es besser. Er schreibt dies Verdienst dem Zentrum zu und begeistert, um seine Zuhörer dumm zu machen, die „arbeiterfeindliche Sozialdemokratie“. Letztere kann es sich für Ehre anrechnen, von einem Menschen wie Dasbach beschimpft zu werden. Um aber unseren Lesern zu zeigen, mit welcher Dreistigkeit das Pfäfflein aufschneidet und mit welcher Verlogenheit es die deutsche Sozialpolitik und die Verdienste des Zentrums um dieselbe behandelt, wollen wir die Hauptpunkte der Rede hierher setzen.

Der Redner suchte an der Hand der päpstlichen Enzyklika die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu widerlegen. Der heilige Vater wolle die Lage der Arbeiter bessern ertönt durch die Kirche, zweitens durch den Frieden zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, drittens durch die staatliche Gesetzgebung, die Arbeiter sollen sich aller Gewalttätigkeiten enthalten,

Die Arbeitgeber sollen den Arbeiter nicht übermäßig anstrengen, ihm die Sonntagsruhe und einen gerechten Lohn gewähren. Das Zentrum habe zwecks Verwirklichung dieser päpstlichen Forderung einen Gesetzentwurf im Reichstage eingebracht. Dieser sei einer Kommission überwiesen worden. In derselben habe der Vertreter der Sozialdemokraten gegen den Zentrumsantrag gestimmt. (Hört! Hört!) So sehe es mit der Arbeiterfreundlichkeit der Sozialdemokratie aus. Das Zentrum habe alsdann einen Gesetzentwurf eingebracht. Fürst Bismarck habe in höchster Form den Gesetzentwurf bekämpft, dieser wolle von irgend einer Beschränkung der Industrie nichts wissen. Dem Zentrum kam schließlich Hilfe von Rom und dem deutschen Kaiser. Fürst Bismarck war der größte Gegner der Februar-Erlasse. Aber unser jugendlicher Kaiser ließ sich von seiner Meinung, daß für die Arbeiter etwas geschehen müsse, nicht abbringen. Am 15. März 1890 berief Kaiser Wilhelm II. die internationale Arbeiterschutz-Konferenz nach Berlin und am 20. März 1890 war Fürst Bismarck von allen Ministern entlassen. (Lebhaftes Bravo.) Kaiser Wilhelm II. hat den Beweis geliefert, daß es ohne den Fürsten Bismarck weiter geht. (Lebhaftes Bravo.) Der Kaiser hat sein Programm dem Papst vorgelegt. (Lebhaftes Bravo.) Der Kaiser bemerkt im Weiteren: Dem Zentrum sei die Errichtung der Gewerbegerichte, der Arbeiterschutzesetze, der Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherung usw. zu danken. Noch nicht sei die alte Forderung des Zentrums, die Errichtung von Arbeiterkammern erfüllt. Ferner bedürfe die Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherung-Gesetzgebung einer Verbesserung. Das Zentrum wird aber nicht zu hören, im Interesse der Arbeiter zu kämpfen. Das Zentrum weiß: es wird für die Interessen der Arbeiter tätig sein, oder es wird nicht mehr existieren.

Man muß wirklich staunen über die Unverfrorenheit, womit der Redner die Thatsachen auf den Kopf stellt. Eine schlimmere Verdrehung der Wahrheit ist wohl selten in einer öffentlichen Versammlung vorgekommen. Das Pfäfflein muß seine Zuhörer für riesig dumm halten, daß es wagt, ihnen solche faustdicken Fälschereien aufzutischen. Also „der heilige Vater“ in Rom ist der eigentliche Vater der deutschen Sozialreform und das Zentrum ist die Mutter. Der Papst wollte die Lage der Arbeiter verbessern; zu dem Zwecke sollten die Unternehmer verpflichtet werden, ihre Arbeiter nicht übermäßig anzufragen, ihnen die Sonntagsruhe zu gewähren und einen gerechten Lohn zu zahlen. Das Zentrum brachte, um diese sehr vernünftigen päpstlichen Forderungen zu verwirklichen, einen Gesetzentwurf im Reichstage ein, aber — siehe da! — die Sozialdemokratie stimmte dagegen. „So sieht es mit der Arbeiterfreundlichkeit der Sozialdemokraten in Wirklichkeit aus!“ schrie der große Arbeiterfreund Dasbach in die Versammlung hinein. Ob die Versammlung dies geglaubt hat? Es wäre ein trauriges Zeichen für ihre Intelligenz. Die Versammlung rief: „Hört, hört!“ und wir rufen dasselbe. Herr Dasbach wird es uns wohl nicht übel nehmen, wenn wir seine Behauptung, daß die Sozialdemokratie arbeiterfreundliche Gesetzentwürfe im Reichstage bekämpfte, für eine wissenschaftliche Unwahrheit erklären. Solcher plumpen Schwindel kann er vielleicht seinen Zentrums-Schleichen vormachen, ein Mensch aber, der die sozialpolitische Entwicklung Deutschlands in den letzten Jahrzehnten verfolgt hat, wundert sich höchstens über die Unverfrorenheit, womit solche Fälschereien in die Welt gesetzt werden.

Nicht anders verhält es sich mit der eben Renommisterei des Redners, daß der deutsche Kaiser sein sozialpolitisches Programm dem Papste vorgelegt habe und daß sämtliche Arbeiterschutzesetze dem Zentrum zu verdanken seien. Wie blutiger Hohn klingt es, wenn Dasbach im Bruchton der Uebersetzung behauptet: „Das Zentrum wird nicht aufhören, im Interesse der Arbeiter zu kämpfen!“ Zu diesem feierlichen Versprechen befindet sich die Erklärung der Reichstagsversammlung, daß das Zentrum für „eine wesentliche Erhöhung der bestehenden Zölle auf landwirtschaftliche Produkte“ eingetreten werde, in einem schreienden Widerspruch. Der Redner ist zu diesem Punkte der Tagesordnung, Reichstagsabgeordneter Herald, ein Agrarier vom reinsten Wasser, mußte zwar gestehen, daß die Arbeiter am schwersten durch die agrarische Liebesgabenpolitik, welche die Arbeiter eine Ausbaugegenstandspolitiker nennen, betroffen würden. Aber das Zentrum nicht für Abscheu oder, wie Herr Herald so schön sagt, für einen Ausgleich sorgen. „Schon jetzt giebt das Zentrum die Erklärung ab, daß es beantragen wird, daß die gesammten Mehreinnahmen aus den Zöllen zu Gunsten der Arbeiter verwendet werden.“ Schließlich erklärte der Redner: „Aber der Vortheil wäre es für die Arbeiter, wenn die Besorgungen der Hinterbliebenen eingeführt werden könnten.“ Herr Herald erntete für diesen demagogischen Ill gemachten Waffensatz. Zutreffend meint die Berliner „Volks-Zeitung“ die Komit dieser Sozialpolitik sei überwältigend. Das ist es in der That. Heuler Jauchler! Glender Schwindler! Man giebt den Hinterbliebenen des infolge schlechter Ernährung frühzeitig aufgegebenen, seinen Sorgen und Leiden erkrankten Arbeiters von dem, was man dem Familiensubstanz und der ganzen Familie genommen. Selbstverständlich erhalten die alle Beständen nur die kümmerlichen Reste dessen, was als Lebensunterhalt den Angehörigen hängen geblieben und was als Beerdigungskosten beantragungen ist. Der blutige Schand, der in dieser Art von „Sozialpolitik“ liegt, nicht von den deutschen Arbeitern verstanden werden. Sie werden diesen Schlag ins Gesicht ihrer Intelligenz zu verdienen haben. Sie werden die Arbeiter, von der Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums, dieser Leibgarde des Papstes, wie das Zentrum

auf dem Katholikentage in Mainz genannt worden ist, in ihrer ganzen Dummheit erkennen.

Zum Glück dämmert es auch allmählich in den Köpfen der katholischen Arbeiter und die auf Klatschung des wertlosen Volkes gerichtete ultramontane Sozialpolitik findet immer weniger Gegenliebe. So brachte in den letzten Tagen das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes einen scharfen Artikel gegen die Brodwucherpolitik und verschiedene katholischen Arbeitervereine haben bereits gegen das Zentrum Stellung genommen. Es ist aber auch hohe Zeit, daß den Zentrumsleuten die Maske der Arbeiterfreundlichkeit vom Gesichte gerissen wird und daß die katholischen Arbeiter einsehen, warum, in welcher niederträchtiger Weise von den Zentrumsleuten an der Nase herumgeführt werden. Dann werden sie auch endlich erkennen, daß die vielgerühmte katholische Sozialpolitik eitel Schwindel ist und daß sie ihre Lage nur dadurch verbessern können, daß sie Schulter an Schulter mit ihren Kollegen kämpfen. Darum muß die Parole sein:

Fort mit den zwecklosen Sonderbündeleken! Einem in die modernen Gewerkschaften.

Schäftige Handlungsweise.

Wir haben bisher leider lauben Ohren gepredigt, wenn wir fortwährend im Fachblatt unsere Kollegen darauf hinwiesen und ihnen die Nothwendigkeit festen Zusammenhaltens in der Organisation nach jeder Lohnbewegung und jedem Streit, einerlei ob derselbe verloren oder gewonnen ist, klarzumachen suchten! Noch nach jeder Lohnbewegung und jedem Streit bemächtigte sich unserer Kollegen eine Laubbildsondergleichen. Sie glaubten auf ihren Lorbeer angründen zu können. Die Mehrzahl von denselben hielt es überhaupt nicht für nötig, noch in eine Versammlung zu kommen, sie legten sich auf die faule Bärenhaut und die Folge davon war: Unsere reaktionären Anführer, verhetzt von den Innungsärzten, witterten Morgenluft und tannen mit allen Mitteln daraus, ihr gegebenes Wort zu brechen und die Bewilligung wieder rückgängig zu machen.

So ist in allen Städten, wo wir in diesem Sommer Streiks und Lohnbewegungen gehabt haben, mindestens die Hälfte dessen, was erreicht worden ist, wieder verloren gegangen und wie hilflose Kinder stehen dort unsere Kollegen da und schimpfen auf die schäftige Handlungsweise ihrer Meister, ohne dabei zu bedenken, daß sie mit ihrer grenzenlosen Gleichgültigkeit und Neugier den Arbeitgebern selbst die Veranlassung dazu gegeben haben zu solcher erbärmlichen Spiegelfechtereien und zu solchem Wortbruch.

Hierauf werden wir in diesem Blatte in nächster Zeit noch öfters zurückkommen, heute sei hier speziell Mainz angeführt.

Den Kollegen ist bekannt, wie durch Verhandlungen mit den Meistern dort das Kostwesen in den Bädereien beseitigt wurde. Auf einbringliches Zureden der Meistervertreter, die behaupteten, anders nicht die Abmachungen in ihrer Innungsversammlung zur Annahme bringen zu können, hatten sich die Gehülfsenvertreter damit einverstanden erklärt, daß das Wörtchen „auf Wunsch“ mit in folgendem Satze des Einigungsvertrages enthalten war: „Den Gehülfsen wird auf Wunsch das Kostgeld im Betrage von täglich 1.20 Mk. pro Mann ausbezahlt.“ (Wir schreiben hier nur aus dem Gebächeln und hat dieser Satz nicht genau wörtlich so gelaute, denn war dies doch der Sinn.)

Auf Verhalt seitens unseres Verbandsvorsitzenden bestanden die Innungsvertreter noch ausdrücklich, daß dieses „auf Wunsch“ nur die Bedeutung wie oben angegeben haben sollte, denn daß die Gehülfsen die Kost außer dem Hause des Meisters wünschten, sei unabweisbar, sonst würden sie ja nicht diese betreffende Forderung gestellt haben. Ausgeschlossen sei dabei, daß die Gehülfsen bei jedem einzelnen Meister erst diesen „Wunsch“ einzeln vorbringen müßten.

Damit gehen sich die Gehülfsenvertreter und auch die folgenden Versammlungen zufrieden und die Einigung kam zu Stande. Jetzt verfuhr aber sofort einige Meister die Worte „auf Wunsch“ anders zu deuten. Einige Meister weigerten sich, das Kostgeld auszubehalten und konnten erst durch einbringliches Zureden des Innungsvorsitzenden dazu gebracht werden, den Vertrag zu halten.

Jetzt liegt nun ein müßes Treiben der Innungsmeister ein; ihnen ist wohl der Kamm gerathig an, begünstigt durch den Umstand, daß sich sofort nach der Lohnbewegung der Kollegen die untrantworliche Vortheil bemächtigte. In die Versammlungen kamen stets nur wenige Meister und zwei Monate nach der Lohnbewegung schickte die Innungsbüchse den den Kollegen 180 Mark Geldern nur noch 75. Zu dieser Gleichgültigkeit und schlauen Haltung unserer Kollegen kam noch Treiberei und Fälscherei unter denselben vor und die Prozen sahen jetzt den Himmel voller Bogenschnur hängen und hollen aus zu ihrem gut vorbereiteten gemeinen Streich! Darin wurden sie außerdem begünstigt durch das Verhalten einzelner Kollegen — ob dies auf Bestellung der Innungsleiter marfirt wurde, wegen wir nicht zu sagen. — Diese jungen Leichter und ihr Verhalten — Tagelang beim Spiel in der Kneipe sitzen — war allerdings alles andere, aber nur nicht das eines anständigen und verständigen Mannes! Dies wurde nun von den Meistern gehörig ausgenutzt. Diese einzelnen Fälle kamen ihnen erwünscht und sie begannen ihr müßes Treiben in ihren Innungsversammlungen und der bürgerlichen und Innungszeitung.

Die „Mainzer Volkszeitung“ berichtet hierüber: „Der Obermeister der Mainzer Bädereinung hat in der „Bäder- und Konditor-Zeitung“ seine Erfahrungen mit dem „Acht und Loth“ außer dem Hause“ in einem längeren Artikel niedergelegt, der gleich in seinem Beginn (7. Zeile von oben) die „unten stehenden“ Verhältnisse erwähnt, unter denen die Bädermeister leben.“ Herr J. Adstalt meint damit wohl die Segnungen, welche die Brodpreiserhöhung ihnen gebracht! So darf dieser Satz doch ausgelegt werden? Herr Adstalt? ... Dann zitiert der Artikel den ... der mit der Gehülfsen getroffenen Vereinbarungen, in ... heißt, daß den Gehülfsen „auf Wunsch“ die Verbezahlung außerhalb des Hauses gebracht wird. Dazu meint Herr J.

Es geht aus diesen Sätzen noch klar hervor, daß es den Gehülfsen freigegeben war, im Hause des Meisters zu essen oder nicht.

In einem diese Angelegenheit behandelnden Artikel urtheilt Herr J. Adstalt vom 13. Juni folgenden: „Es ist nicht aus dem Gebächeln der Meister bei den getroffenen Vereinbarungen mit der Gehülfsen der Woche „auf Wunsch“ von den Innungsmeistern herriert worden. Da kamen wir aber schon auf die ... der Innungszeitung“ stand am ... unter dem Titel ... aus dem Publikum“ eine Entgegnung, in der es heißt:

„Betreffs des Vorwurfs, daß die Bäderegehülfsen dupirt worden seien, habe ich anzuführen, daß dies vollständig auf Unwahrheit beruht. Die Meisterschaft im großen Ganzen will den Gehülfsen das Essen überhaupt nicht mehr geben.“

Nun hat aber der Herr Obermeister J. Adstalt in oben erwähntem Artikel der „Bäder- und Konditor-Zeitung“ gerade das gesagt, was wir bei Besprechung der Nichterhaltung der getroffenen Vereinbarungen vermuteten. Allerdings war die Notiz im „Journal“ mit „Ein Bädermeister“ unterzeichnet. Es giebt aber böse Menschen, die behaupten, daß der „Ein Bädermeister“ mit Herrn Adstalt identisch sei; so viel wir wissen, wurde dies sogar in einer Innungsversammlung festgestellt. Wir finden es schwer verständlich, daß man in dem „Journal“ etwas abstreift, was man in der „Bäder- und Konditor-Zeitung“ zugiebt.

Herr Adstalt ereifert sich sodann über den Vorfinden des Mainzer Gewerkschaftsartikels, der „ein ehemaliger Schuhmacher“, sich die Freiheit nahm, „bei einer Anzahl Proben vorzusprechen und mit Sperre und Boykott zu drohen“. Wenn Herr Adstalt es selbst für nötig hält, diejenigen seiner Berufsangehörigen, welche die Vereinbarungen nicht achten, als Proben zu bezeichnen, so haben wir dagegen nichts einzuwenden. Im Vertrauen wollen wir Herrn J. indessen mittheilen, daß der Vorfinden des hiesigen Gewerkschaftsartikels nicht bloß Schuhmacher war, sondern noch ist. Letzterer hätte dies allerdings nicht mehr nötig, denn seit der eingeleiteten Brodvertheuerung durch die Innung beziehen die Bäderegehülfsen sehr enorm hohe Löhne, daß sie allein schon den Gewerkschaftsvorsitzenden mit einem Gehalt unter die Arme greifen, das der Zivilliste eines mittelmäßigen deutschen Bundesfürsten fast gleichkommt. Aber der erwähnte Vorfinden ist nun einmal so an Reich und Leder gewöhnt, daß er lediglich zu seinem Privatvergnügen noch in den Fußstapfen von Hans Sachs wandelt, wenn auch nicht als Poet, so doch als Schuhmacher. Daß Herr Adstalt mit einer Anzeige gegen diesen Schuhmacher ... der Staatsanwaltschaft sein Glück hatte, mag ja für ihn ... bedauerlich sein, wie können in seinen Kammer darüber nicht einstimmen. Vielleicht war der Schuhmacher mit seiner „Sperre- und Boykott-Androhung“ pfiffiger zu Wege gegangen, wie dies ein Innungs-Obermeister gethan hätte.

Herr Adstalt stimmt nun als Menschen- und besonders Arbeiterfreund, der er nun einmal ist, lebhaftes Klagen darüber an, wie schlecht es den Gehülfsen geht, die nicht mehr das Glück haben, sich an den Feischöpfen des Meisters zu laben, sondern im Wirthshaus essen müssen. Weidenswürstche Bäderegehülfsen, die ihr bis hohe Glück genießt, daß sich sogar eure Meister über eure Misere Sorge machen. Millionen von Arbeitern giebt es in Deutschlands Werkstätten, Fabriken etc., wo der Arbeitgeber sich keinen Pfifferling darum kümmert, wo und was die Arbeiter essen.

Da die Einführung der neuen Vereinbarungen zwischen Gehülfsen und Meistern erst etwas über ein Vierteljahr hinter uns liegt, können wir uns wohl erinnern, welche kraftstrobende Gestalten wir unter den Bäderegehülfsen früher sahen; jeder Einzelne von ihnen war ein Hercules, der es wenn er nicht zu faul dazu war, unternehmen konnte, den Atlas auf seinen Schultern zu tragen. Wie anders hat es sich seitdem gestaltet. Aus den Athleten vom Mai dieses Jahres, die zu jeder Zeit um die Meisterschaft der Welt ringen und stemmen konnten, sind natürlich infolge der Wirthshaus-Ernährung, Schwächlinge geworden, die müde, abspannt einherschleichen; die frische, rothe Gesichtsfarbe von ehemals ist einer fahlen Blässe gewichen und heute bringen es die Kraftmenschen vom Monnemont 1901 kaum zu Wege, ein Bröckchen aus Mirtbecheln zu stemmen, das, wie wir im Juli nachgewiesen, 26 Gramm wiegt. Es ist sogar soweit gekommen, daß, wenn die Bäderegehülfsen, welche nicht bei ihren Meistern am wohlfeilsten Tisch speisen, einmal ihren Schalten sehen wollen, sie dann stets zu zweien in der Sonne lustwandeln, um dieses Vergnügen zu genießen, denn ein Bäderegehülfe für sich bringt dieses Kunststück nicht zu Wege.

So kann und darf es nicht weitergehen. Wohin soll das herrliche deutsche Reich mit seinen unersetzten Welpolitikplänen kommen, wenn die Degeneration der Bäderearbeiter solch verheerende Wirkungen unter dem Volke ausübt. Mit solchem Menschenmaterial hätte der Westmarchall Walbersee niemals die belagerten Gesandtschaften in Peking befreien können. Er hat dies zwar überhaupt nicht gethan, aber es hätte solches doch möglich sein können! Und die Vorer hätte ich sehen mögen, die vor deutschen Kriegern bereit ausgerissen wären, daß sie sogar ihre Köpfe verloren, wenn sie nur Mainzer Bäderegehülfsen vor sich gehabt hätten. Es ist die schönste Kahl-Uniform und der hochstrebende Hahnschnurrbart würde da jeden Zweck verfehlt haben.

Es muß anders werden, das sieht selbst Herr Oberinnungsmeister Adstalt ein und „in Anbetracht dieser traffen Missethände“, wie es in dem fraglichen Artikel heißt, „ist an den Vorstand (der Innung) schon wiederholt das Ersuchen gegangen, dieses unabweisbare Verhältniß wieder aufzuheben.“ (Also haben wir Aussicht, daß das Brod wieder billiger wird!) Um diese Beseitigung der „traffen Missethände“ herbeizuführen, wurden Fragebogen an die Bädermeister versandt, in denen es unter Anderem hieß:

1. Essen Ihre Gehülfsen bei Ihnen im Hause?
2. Welche Erfahrungen haben Sie durch das Außerhalbessen der Gehülfsen gemacht?
3. Sind Sie mit dem Abkommen, welches am 17. Mai mit der Gehülfsenschaft getroffen wurde, zufrieden?
4. Wünschen Sie eine Aenderung?
5. Auf welche Art?

Die übrigen hier nicht erwähnten Fragen betreffen das Schlafen außer dem Hause, ob jeder Gehülfe ein Bett für sich hat, ob derselbe pünktlich nach dem Essen nach Hause kommt und seine Arbeiten mit der früheren Pünktlichkeit verrichtet etc. Vergessen wurde zu fragen: Haben Sie Ihre Gehülfsen vor dem 17. Mai gewogen? Wie viel zentner wogen dieselben damals und wie viel Pfund jetzt? Wie oft übertraten Sie die bundesrätlichen Bestimmungen betreffs Arbeitszeit etc.? Herrscht immer peinliche Reinlichkeit in den Betrieben? Wird die Kinderwäsche am Badofen oder wo anders getrocknet und wie oft werden die Handtücher der Gehülfsen, sowie deren Bettwäsche gewechselt? Haben die Gehülfsen während der Zweckherlichen Saison Zweckherlichen angehen und wie viel? etc. Man sieht, der offizielle Fragebogen bedarf sehr der Ergänzung.

Was Herr Adstalt — warben — der berecht. Innungs-vorstand hauptsächlich wissen will und worauf es ihm ankommt, hätte sich kurz in folgenden Worte heiden lassen: „Wünschen die Herren Innungsmeister eine Aenderung der getroffenen Vereinbarungen (mit der Brodvertheuerung) oder nicht? Wir lassen zur Beantwortung dieser Hauptfrage, den Herrn „Ein Bädermeister“ im „Mainzer Journal“ zu Worte kommen, der am 18. Juni als Entgegnung auf die von der Gehülfsen-Subkommission (s. S. 99. Strobel) veröffentlichte Blatte folgende Verhütung schreibt:

„Ja, ja, Herr Strobel, Verträge abschließen und die selben brechen ... das ist die rechte Art.“

Die Herren Innungsmeister, welche gewillt sind, die abgeschlossenen Verträge zu brechen, seien auf diese Auffassung von „Ein Wädlermeister“ aufmerksam gemacht. Auch wollten wir nicht verfehlen, der zu wählenden Starnobalsungs-Kommission den Grundgedanken zu einer wirksamen Gruppe zu geben: „Wädlergehülfen vor und nach der Rost außer dem Hause und Wädlermeister vor und nach der Brodvertheuerung.“ Diese Idee, entsprechend ausgestaltet, dürfte eine Quatrat für unser „vaterstädtisches Fest“ bilden.“

Soweit die „Volkszeitung“, deren Bemerkungen wir nicht mehr hinzuzufügen haben.

Am 27. September wurde nun unserer Mitgliedschaft Mainz seitens der Innung, folgendes Schreiben zugestellt: „Hierdurch die höfliche Mitteilung, daß in der außerordentlichen Innungsversammlung vom 23. September nachfolgender Beschluß gefaßt wurde:

1. Das Abkommen, welches am 17. Mai d. J. mit dem Vertreter des Wädlerauschusses sowie der organisierten Wädlergehülfen bet. „Rost auf Wunsch“ — außer dem Hause — wird hiermit zum 1. Oktober d. J. gekündigt.

2. An dessen Stelle soll es jedem Meister überlassen bleiben, sich selbst mit seinen Gehülfen über diesen Punkt zu einigen.

3. Den verheirateten Gehülfen wird nach wie vor die Rost außer dem Hause gewährt und die dafür eingeforderte Entschädigung von 11 Mk. pro Woche ausbezahlt.

4. Die vereinbarten Minimallohne bleiben bestehen.

Die Innungsverammlung sah sich durch das Verhalten eines Theiles der Gehülfenschaft zu diesem Schritte veranlaßt. Der größte Theil derselben bekommt das Rostgeld ausbezahlt, verdirbt sich jedoch nur zum Theil außer dem Hause. Außerdem hat bei einem Theil der Gehülfen die größte Unpünktlichkeit Platz gegriffen; daß daher die Arbeit schlechter verrichtet und die Geschäfte leiden müssen, wird Ihnen wohl selbst einleuchten.

Die Innungsverammlung lehnt daher aus diesen und anderen Gründen die Verantwortung über das Abkommen vom 17. Mai d. J. ab und zeichnet hochachtungsvoll (folgen Unterschriften).“

Gemeinere Kampfweise kann man sich wohl kaum denken! Am 27. September kündigt man den Gehülfen das Abkommen zum 1. Oktober; also drei Tage Frist! Ist denn die Scham zu den Hunden gekommen? — Der Wurm, welcher getreten wird, krümmt sich!

Wir wollen sehen, ob die Kollegen von Mainz diesen Faustschlag ins Gesicht wie mehrlose Kinder ruhig hinnehmen, oder ob sie zeigen, daß sie keine unmaßgebigen Kinder mehr sind, sondern Männer werden wollen!

Vericht über die Agitationstour in der Schweiz.

Auf der Generalversammlung in Mainz wurde den Delegierten der Wunsch der Wädlergewerkschaft unterbreitet, man möchte noch in diesem Jahre einen Kollegen nach der Schweiz schicken, um auch die Schweizer Wädler einmal besser für die Organisation zu interessieren. Unterzeichnet wurde vom Hauptvorstand beauftragt, sich bezüglich der Tour mit Herrn Dr. Wastliff, Arbeitersekretär in Basel, ins Einvernehmen zu setzen. Dieser ordnete auch die Tour an, sodas am Sonntag, den 8. September, in St. Gallen die erste Versammlung stattfinden sollte. Als ich dort ankam, wurde mir vom Herrn Arbeitersekretär Dr. Keller eröffnet, daß die Versammlung nicht stattfinden kann, weil das Komitee des Verbandes der Schweizer Wädlergehülfen mit 7 gegen 2 Stimmen beschloffen hat, die Versammlung nicht zu besuchen und eine kleine Begründung wie folgt beigegeben: Die Wädlergehülfen von St. Gallen sind mit ihren jetzigen Verhältnissen recht zufrieden und auch die Meister würden es nicht gerne sehen, wenn sie eine Versammlung abhalten. Nun sagte ich den Gedanken, daß die sieben Mitglieder dieses Komitees noch lange nicht die gesamten Wädlergehülfen von St. Gallen repräsentieren. Ich machte dem Herrn Dr. Keller, sowie mehreren Mitgliedern der Gewerkschaftsunion den Vorschlag, am Montag Abend doch eine Versammlung abzuhalten und diese veranlaßte es, daß sofort am Montag keine Versammlungszettel gedruckt und Mittags von einem Dienstmann in die Wädlerien getragen wurden. Um 12 Uhr waren ca. 55 Wädlergehülfen, darunter auch einige Meister und Gewerkschaftsmitglieder anwesend. Mein Referat über „Die Folgen der deutschen Wädlerbewegung in den letzten Jahren“ wurde mit Beifall aufgenommen. Nun ergriff ein Kollege „Kobelt“ das Wort, welcher nur einige Worte vorbrachte und es Herrn Brodmann (angehender Meister) überließ, in der Diskussion weiter zu sprechen. Derselbe stellte mir einige Fragen, welche ich ihm prompt beantwortete. Nun glaubte er sein Möglichstes thun zu müssen, um die dortigen Kollegen in der Gesellschaftsdiskussion zu erhalten. Ein Studirender der Philosophie ergriff ebenfalls das Wort und hob hervor, daß er erst mit einem Gelehrten gesprochen habe, welcher die Arbeit eines Wädlergehülfen (Leigmann) als die anstrengendste Arbeit bezeichnete. Nebenher forderte die Anwesenden ebenfalls auf, sich zu organisieren, da man nur dann die Verhältnisse bessern könne. Nachdem wurde am Schluß der Versammlung, nachdem die Meister und einige ihrer lieben Gehülfen das Lokal verlassen hatten, beschloffen, demnächst wieder eine Versammlung einzuberufen, wozu die Freunde der Organisation eingeladen und dabei die Wädlergewerkschaft gegründet werden soll. Einige Kollegen zeigten großes Interesse an der Sache.

Am anderen Tage ging es nach Zürich. Dort hatte die Wädlergewerkschaft eine öffentliche Versammlung einberufen, welche von ca. 80 Kollegen besucht war. Nachdem ich mit dem Referat geendet hatte, sprachen sich die meisten Kollegen im Sinne des Referats aus. Nur ein Kollege (Schweizer) fühlte sich gekränkt, als ich sagte, daß die Schweizer Wädlergehülfen anscheinend den Schweizerischen Freiheitskampf schloffen, dieselben aber von denselben erwachen möchten. Hierauf ließen sich 25 Kollegen in die Gewerkschaft aufnehmen, was einen würdigen Abschluß der Versammlung bedeutete. Mögen diese Kollegen auch derselben treu bleiben und mitkämpfen helfen in Zürich, daß dort doch der in letzter Bewegung von der Innung zugestandene Lohn festgehalten werden kann. Tags darauf kam ich noch mit den Wädlergehülfen zusammen und erörterte mit ihnen einige wichtige Fragen. Auch nahm ich mit dem Herrn Wädler, Arbeitersekretär, an einer Vertrauensmännerversammlung der Sozialdemokratischen Partei teil, bei welcher das Hauptthema die Reorganisation der Partei in der Schweiz verhandelt wurde.

Am Donnerstag dampfte ich nach Basel ab. Die Versammlung war von 60 Kollegen besucht und war die Diskussion meinem Referate anschließend; nur einige jüngere Meister verstanden einen Satz nicht richtig. Nachdem aber die Arbeit war, wurde die Versammlung, nachdem sich vier Kollegen aufnehmen ließen, geschlossen, mit dem Wunsche des Herrn Dr. Wastliff, daß sich die Kollegen um die Arbeit, die sie außer dem Lokale sich kümmerlich betreiben, nicht zu scheeren, sondern als organisierte Arbeiter denselben zu thun, daß man in der Organisation thut, um, wie ich verließ, ich die Schweiz, um in Zürich, oder in einer Versammlung

zu sprechen. Der dortige Leiter der Zählstelle, Koll. Klein, erhielt die Genehmigung zur Versammlung von der dortigen Polizeibehörde. In letzter Stunde aber, Vormittags 10 Uhr, erhielt derselbe den Befehl von der Polizei, daß die Versammlung von Bezirkspräsidenten in Kollmar verlagert wurde, daher die Versammlung nicht stattfinden dürfte.

Man es etwas Ungerechtes geben, als solche Manipulationen, die dahingehen, die Stufen der Gewerkschaften zu schwächen? Wann wird das zivilisierte Deutschland sich aufschwingen, um diese bezwichtigten Diktaturgesetze in Elbich-Lothringen zu beseitigen und dem Volke die gleichen Rechte einzuräumen, wie im übrigen Deutschland? Man möchte doch glauben, wenn man Pflichten (Steuerzahlen) hat, so soll man auch Rechte haben. Mögen aber die dort organisierten Kollegen in ruhiger Agitation zu trachten suchen, daß dem Verbanne neue Mitglieder zugeführt werden.

In betrübter Stimmung verließ ich noch am gleichen Tage Mühlhausen, um nach Freiburg zu gehen, um dort zu sehen, wie unsere Sache steht. Bei meiner Ankunft mußte ich erfahren, daß vor ein paar Tagen Kollege Salorio abgereist ist. Schon befürchtete ich, nichts Gutes zu hören, bis ich mit den Kollegen der dortigen Konsumbäder zusammenkam, welche mir aber erklärten, daß die Mitgliedschaft nicht so schlecht bestellt ist und Sonntags die Versammlung stattfindet. Die Versammlung war von circa 50 Kollegen besucht und ließen sich in derselben auch wieder einige aufnehmen. Möge auch hier unter gewissenhafter Führung nun der Verband gedeihen und es dem Kollegen Wunsch gelingen, seine Gedanken durchzusetzen. Noch am gleichen Tage trat ich die Rückreise an und kam Montag Abend in München wieder an.

An dieser Stelle sei allen Genossen und Kollegen, die sich meiner so liebevoll angenommen haben, der wärmste Dank ausgesprochen.

Bericht über die Konferenz vom 18. und 19. Gau.

Dieses fand am Sonntag, den 15. September, im „Deutschen Haus“ zu Pöschappel statt. Es sind 13 Delegierte erschienen, welche die Ortschaften Leipzig, Dresden, Chemnitz, Pirna, Plauen i. B., Meuselwitz, Halle a. S. und den Plauenischen Grund vertraten. Der Gauvorsitzende Kahl eröffnete die Verhandlungen um 3 Uhr und gab den Kasfenbericht. Aus demselben ist zu ersehen, daß neue Mitgliedschaften in Amdenau und Meuselwitz errichtet wurden. Außerdem wurden Einzelmitglieder in Auerbach, Grimmitzschau und Bauen getrennt, so daß in diesem Jahre die Mitgliederzahl im Gau um 200 stieg. Im Weiteren wurde das Verhalten der Gewerkschaftsstellstelle getadelt, welche sich meistens hartnäckig gegen bei unserer Agitation. Auf ein kürzlich vom Gauvorstand am 27. Gewerkschaftsstellstelle gerichtetes Schreiben hielten es nur 7 für nöthig, zu antworten. Die Geschäftsführung in den einzelnen Mitgliedschaften wurde vom Vorstand durchsichtig für gut befunden. Der Kasfenbericht ergab eine Einnahme von 430.11 M. und eine Ausgabe von 413.83 M., so daß ein Bestand von 16.28 M. verblieb. Nachdem einige Delegierte ihre Bemerkungen darüber ausgesprochen, wird der Gaukommission einstimmig Decharge erteilt. Darauf schildert Kollege Freitag in kurzen Zügen die Lehrlingszuchterei und wie wir derselben entgegenzutreten gedenken. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Delegierten auf der Gaukonferenz der Wädler Sachsens und Thüringens halten die übergroße Lehrlingszuchterei für ein großes Hemmnis unserer ganzen gewerkschaftlichen Bewegung. Nicht bloß daß die Lehrlinge willige und billige Arbeitskräfte für die Meister sind und dadurch der Konkurrenz Vorschub geleistet wird, sondern auch der Arbeitsmarkt im Wädlergewerbe wird dadurch jährlich um Hunderte von Wädlergehilfen vermehrt. Die Möglichkeit, selbstständig zu werden, wird dadurch immer geringer und ein Verlassen des Berufs nach kurzer oder langer Thätigkeit tritt in erschreckender Weise zu Tage. Jeder Delegierte verpflichtet sich deshalb, in seiner Mitgliedschaft dafür zu sorgen, daß der bekannte Aufruf an Eltern und Vormünder jährlich mehrmals in den Tagessitzungen, hauptsächlich vor Eltern, zum Abdruck gebracht wird. Ferner ist in den Mitgliedschaften dafür zu sorgen, daß die Ausbildung der Lehrlinge eine sachgemäße wird und die Wirksamkeit des Maximalarbeitstages in Bezug auf Lehrlingszuchterei befestigt wird.“

Ferner wird beschlossen, in der bisherigen Weise weiter zu agiliten. Hierauf wurde folgender Antrag angenommen: „Der Gauvorstand hat ohne Weiteres die zur Agitation nöthigen Ausgaben an die Gaukommission zurückzuerstatten.“

Ein Antrag Leipzigs, die Gaukonferenz alle zwei Jahre abzuhalten, wurde, weil derselbe statutenwidrig, an die nächste Generalversammlung verwiesen. Als Vorort der Gaukommission wurde Leipzig und als Vorsitzender Kollege Kahl einstimmig wieder gewählt. Im Gewerkschaftlichen hielt Kollege Timmann einen kurzen, aber interessanten Vortrag über die neue Gewerkschaftsnotwendigkeit. Darauf kam die Sache Remmann zur Sprache. Kollege Remmann verlas zunächst eine sehr lange, mit unliebsamen Ausdrücken gewürzte Abwechslung. Nachdem einige Delegierte in die Debatte eingegriffen hatten, wurde von Timmann der Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung gestellt, weil Niemand von der Gegenpartei anwesend sei. Derselbe wurde gegen einige Stimmen angenommen. Mit dem Wunsch und der Bitte an die Delegierten, im kommenden Geschäftsjahre wieder thätig in der Agitation weiter zu arbeiten, schloß der Vorsitzende Abends 9 Uhr die Konferenz.

Gaukonferenz des 15. und 16. Gaues.

29. September 1911 in Darmstadt.

Folgende Mitgliedschaften hatten Delegierte entsandt: Frankfurt (Herr) vertrat 300 Organisirte von 600 am Orte arbeitenden Kollegen. Darmstadt (Pflug und Zimmermann) vertrat 49 Organisirte von 172 am Orte arbeitenden Kollegen. Ludwigshafen (Deibel) vertrat 16 Organisirte von 130 am Orte beschäftigten Kollegen. Mainz (Strobel) vertrat 75 Organisirte von 220 am Orte arbeitenden Kollegen. Domburg (Schwarzwälder) vertrat 24 Organisirte von 42 am Orte arbeitenden Kollegen. Friedberg u. Rassel (Methel). Offenbach (Vogelhuber) vertrat 45 Organisirte von 120 am Orte arbeitenden Kollegen. Gießen (Edoff) vertrat 24 Organisirte von 50 am Orte arbeitenden Kollegen.

Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäfts- und Kasfenbericht (Wädlerhaller Kahl). 2. Die politische Agitation im Gau (Wädlerhaller Kahl). 3. Die wirtschaftlichen Lebensbedingungen in unserem Gau (Referent Kollege Wilmann). 4. Aufruf der Mitgliedschaften. 5. Die inneren Angelegenheiten der Mitgliedschaften.

In das Präsidium wurden Kahl als Vorsitzender, Zimmermann als Schriftführer und Strobel als Schriftführer gewählt. Zum ersten Punkt theilte Kollege Kahl mit, daß es kein Leichtsinn ist, einen gewissen Geschäftsbetrieb zu haben, da die Gewerkschaften in diesem Jahre viermal gewandelt haben. Er gab sodann die einzelnen Monatsrechnungen und Auswahlen bekannt, so daß jetzt ein Kasfenbestand von 32.45 M. ver-

bleibt. Kollegen Schwarzwälder und Pflug wurden als Revisoren gewählt. Es knüpfte sich an die Revision eine sehr Diskussion, in welcher von allen Seiten betont wurde, daß es so wie bisher auf keinen Fall weitergehen könnte. Auf Anregung des Kollegen Wilmann wurde beschloffen, daß der Gauvorstand jedes Jahr vor der Konferenz seinen Bericht im Fachblatt geben muß. Zum zweiten Punkt referirte Kollege Pflug; er führte den Delegierten die praktische Agitation vor Augen. Hauptsächlich empfahl er die mündliche Agitation und die Errichtung von Distriktsbüros, um dadurch Leute heranzubilden, welche fähig sind, einmal einen Posten im Vorstande bekleiden zu können. In den Städten, wo noch Bergbauvereine bestehen, solle man alle Mittel benutzen, um die Mitglieder dieser Vereine als Verbandsmitglieder zu gewinnen und dadurch dieselben zu sprengen suchen. Zu diesem Punkt hielten die Mitgliedschaften Darmstadt, Friedberg und Rassel Anträge gestellt. Es wurde dann folgende Beschlüsse einstimmig gefaßt: Es soll das Großherzogthum Hessen, die Rheinpfalz und das Saarrevier einen eigenen Gau mit dem Sitz in Darmstadt bilden. Ueber den dritten Punkt referirte Kollege Wilmann. Er führte aus, daß er mit den Kollegen der Lohnbewegungen in unserem Gau zufrieden sei; aber nicht mit dem Verhalten der Kollegen nach der Lohnbewegung, welche sich es nicht angeeignet sein lassen, dem Verbanne treu zu bleiben und die Bedingungen auch aufrecht zu erhalten suchen. Nachdem sich mehrere Kollegen darüber ausgesprochen hatten, wurde folgende Resolution, welche die dazu gestellten Anträge in sich schloß, angenommen:

„Die Gaukonferenz in Darmstadt erklärt sich mit der Ansicht des Verbandsvorstandes einverstanden, daß die Mitgliedschaften mehr Beachtung bei Errichtung von Lohnbewegungen walten lassen und sich mehr an das Streitgegenstand halten sollen. Auf's Eifrigste verurtheilt die Gaukonferenz die Laune der Kollegen nach dem Streik oder Lohnbewegung der Organisation gegenüber.“

Beim vierten Punkt wurde beschloffen, daß kein Mitgliedsbuch mehr ausgestellt werden darf, wenn nicht vier Beiträge bezahlt, in außergewöhnlichen Fällen mindestens für eine Woche der Beitrag bezahlt ist. Da nach dem Realeman für Gauvorstände die Gaukonferenz die Vorsitzenden derselben zu wählen hat, so wurde Kollege Pflug für das Großherzogthum Hessen, Rheinpfalz und Saarrevier, der Kollege Kahl für die Provinz Hessen und Oberhessen einstimmig gewählt. Mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Wädlerbewegung, überhaupt auf die internationale Arbeiterbewegung, wurde die Gaukonferenz um 4 Uhr geschlossen.

Georg Strobel, Mainz.

Gewerkschaftliches.

Zum dritten Male, und zwar in der Residenzstadt Kassel, sind die Kollegen erreicht und haben sich dem Zentralverbande angeschlossen. Den Anlaß dazu hat die Innung gegeben, welche einen eigenen Arbeitsnachweis errichtet hat, der schon im Anfang zu Klagen Anlaß gab; ferner weil eine große Anzahl verheirateter Kollegen hier am Orte sind, die zu den erbärmlichsten Löhnen arbeiten müssen. Um diesen Verhältnissen einen Damm entgegenzusetzen zu können, konnten die Kollegen nur in dem Anschluß das einzige Mittel erblicken. So haben sich denn auch schon in dem Zeitraum von zwei Monaten 70 Kollegen der Organisation angeschlossen. Der Vorstand der Zählstelle wird kein Mittel unversucht lassen, ein festes Bollwerk gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der Innungsmeister zu schaffen, bis wir dann gemappnet zu dem Kampfe schreiten können.

Die Beseitigung der Nacharbeit in den Wädlerien befürwortet der Gewerbe-Aufsichtsbeamte für Unter-Elsaß, Dr. Wolff, in sehr hochstehender Weise. Die große Mehrzahl der Wädlermeister und ihrer Frauen in Stadt und Land und erst recht die große Mehrzahl der Wädlergehilfen werden es mit Freuden begrüßen, wenn der Bundesrath die Nacharbeit in den Wädlerien untersagen wollte! Meister wie Gehülfen sind der Ansicht, daß erst dadurch „menschenwürdige“ Zustände geschaffen werden würden. Jetzt sei der Meister schwer gequält und ohne jede Rastruhe, infolge dessen überaus krankhaft und außer Stande, seinen Bürgers- und Familienpflichten zu genügen — wie eine Wädlerfrau es ausdrückte: die Kinder werden nicht erzogen, sondern vererbt, weil der Mann unruhig, nervös, abgemüdet, schlafbedürftig ist und für jede Störung seines Tageschlafs Frau und Kinder büßen müssen. Dabei werden Nachts schlechter und weniger geleistet als am Tage. Das Nacharbeit werde, sobald man sich darauf eingerichtet habe, bessere Geschäftsergebnisse und Erträge bringen, aber bessere Lebens- und Familienverhältnisse herbeiführen und es ermöglichen, allmählich einen wirklich guten und leistungsfähigen Gesellenstand zu schaffen. Wenn jetzt unter den Gehülfen viele unbesriedigende und unzufriedene seien, könne man es ihnen nicht antehnen, sondern nur die Nacharbeit dafür verantwortlich machen. Der Gewerbe-Aufsichtsbeamte geht ja hier allerdings zu weit; er selber konstatirt, daß außer der Nacharbeit noch andere Mißstände vorhanden sind, die den Gehülfen das Leben verderben können und müssen. So berichtet Dr. Wolff, daß in der Hälfte der von ihm revidierten Wädlerien nicht jeder Arbeiter ein Bett hatte, mehrere Gehülfen also gemeinsam in einem Bett schlafen mußten. Schon dies allein — und nicht auch noch die Nacharbeit bewirken, daß, wie Wolff schreibt, kein aufständiger junger Mensch aus guter Familie heute noch Wädlerarbeit werden wollte! Auch die Unsauberkeit, die in den Bädern herrscht, die schlechte Verpflegung der Gehülfen, die tolle Behandlung der Lehrlinge seitens der Meister, die ebenfalls wie ihre Kinder auch die Lehrlinge verprügeln — all das trägt dazu bei, den Wädlerberuf unlieblich zu machen. Daß aber die Nacharbeit ebenfalls ein großes Uebel ist, darin können wir dem Gewerbe-Aufsichtsbeamten bei und glauben ihm sehr gern, daß sich die Wädlergehülfen nicht freilich nur um die Nacharbeit, sondern auch um die Beseitigung der anderen Mißstände kümmern und die Gehülfen derselben Meinung seien. Sehr wichtig ist nun aber, daß Meister und Gehülfen erklärten, dem Verbot der Nacharbeit keine schließliche Nachsicht entgegen. Die Behauptung, daß die Wädlerberufenden unter dem Nacharbeitverbot nicht froh gelüdet werden können, sei falsch. Nicht schon können in den meisten ihrer Bädlerien gerühmten Nacharbeitenden die Verdienste in der Zeit zwischen 12 und 1 Uhr Nachts aus den Taschen; sie können also 7—8 Stunden liegen, ehe sie zum Verzehre gelangen. Beim Nacharbeitverbot können sie um 9 oder 10 Uhr Abends aus dem Bette und ihre Ruhezeit und Ruhe werden nicht beeinträchtigt, wenn sie, ebenfalls verheiratet die 2 bis 3 Stunden länger auf den Verzeir warten müssen. Für den Mittags-, Nachmittags- und Abendverzeir könne aber jeder Tagelöhner besser sorgen als der Nacharbeitende. — Dr. Wolff hat hinzu, daß er nach den verhandelnden Verzeiren, die er mit der Wädlerbewegung von Tag- und von Nachtarbeitern anstellt, diese Arbeiter nur zu selten trifft. Auf dem Wege der Nacharbeit Hebung der Nacharbeit nicht befürworten, wie alle befragten Wädlermeister erklärten: „Weil die Konkurrenzverhältnisse im Ge-

werbe dem entgegenstehen." Selbstverständlich! Und deshalb ist eben eine gesetzliche Regelung der Angelegenheit erforderlich. Würde der Bundesrat zum Verbot der Nachtarbeit schreiben, dann wäre auch der ganze jetzige Streit um die Wädereivorordnung aus der Welt gewischt und den Ge- sellen wie den Meistern eine Wohlthat erwiesen. Das Publikum wird darunter nicht Schaden leiden und wenn der Bundesrat will, kann er dies noch durch ärztliche Gutachten bestätigen lassen, die ganz besagen werden, daß es gerade das frische Geblüt ist, das zu Magenentzündungen Anlaß geben kann, weil es schlechter verdaut wird als älteres Geblüt. Meistens will Dr. Wolff auch dafür ein, daß dieses Verbot, wie überhaupt alle Bestimmungen der Wädereivorordnung, nicht auf Orte über 8000 Einwohner beschränkt bleibe, sondern allgemeine Anwendung finden, denn, sagt er, die Besichtigung von Wädereien in kleineren Orten, für welche die Verordnung nicht gilt, habe gezeigt, daß deren Ein- richtungen ebenso häufig gesundheitlich mangelhaft sind, als in den Orten mit mehr als 8000 Einwohnern. Etwas anderes war auch nicht zu erwarten! Würden die Wädereimeister freiwillig auf Sanberkeit sehen, so bedürfte es ja der ganzen Wädereivorordnung nicht, und da diese notwendig wurde, muß sie auch in Orten mit weniger als 8000 Einwohnern gelten! Schmutz bleibt Schmutz!

Jugendliteratur. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ findet an, daß den vielfachen Anregungen aus Parteikreisen folgend, in ihrem Verlage am 1. Januar 1902 die Herausgabe einer Jugendzeitschrift geplant ist, die monatlich einmal erscheint. Die Zeitschrift soll belehrende Aufsätze aus dem Gebiete der Naturwissenschaft und Wirt- schaftswissenschaft bringen und daneben auch das Unterhaltungsbedürfnis befriedigen. Weiter wird in demselben Verlage ein Band von Märchen für die reifere Jugend herausgegeben werden, dem später andere folgen. Der erste Band wird bereits Ende Oktober fertiggestellt sein, so daß er für das Weihnachtseft auf den Markt kommt.

Versammlungs-Berichte.

Lübeck. Eine mächtig besuchte öffentliche Wädereivorversammlung fand gestern Nachmittag im „Schneider-Ge- sellschaftshaus“ statt. Frau Steinbach aus Hamburg referierte über das Thema: „Die Lage der Wädereigenossen und ihre Verbesserung“. Die Referentin, von schwachen Befunden lebend, führte aus, sie hätte erwartet, daß die Wädereigenossen wenigstens aus Neugierde gekommen wären: diese Interesse-losigkeit sei aber auf die Arbeitsverhältnisse zurückzuführen, welche alle höheren Interessen niederhalte. Die Wädereimeister werden jedoch nicht für die Verbesserung der Lage ihrer Gesellen eintreten. Wer aber hat diese himmel- schreienden Missethate in die Öffentlichkeit gebracht und wer hat gekämpft wie Löwen für Verbesserung der Lage der Wädereigenossen und Beseitigung der Missethate? Dieses sind die Vertreter des arbeitenden Volkes gewesen. Die Wädereigenossen sollten sich deshalb nicht mehr als ein Anhängsel des Arbeitgebers betrachten, sondern sich in die Reihe der kämpfenden Kollegen stellen. Sie müssen eine starke Mauer bilden, an welcher jegliche Angriffe der Meister gegen den winzigen Arbeiterschutz abprallen, denn eine schwache Organisation kann dem Unternehmervorteil, welches sich eben- falls zu Verbänden vereinigt hat, keinen Respekt einflößen. Das padende Referat wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen und ist das Resultat der Ver- sammlung trotz des schwachen Besuchs derselben als ein- günstiges zu bezeichnen, denn es ließen sich neun Kollegen in den Verband aufnehmen.

Plauenscher Grund. Eine öffentliche Volks- versammlung tagte am 15. September im „Augustabad“, Teuben. Kollege Kahl referierte über die Lage der Wädereiarbeiter und das Verhalten der verantwortlichen Wädereimeister, welche durch Markieren oder Verletzung mit dem Konsumvereine in Verbindung stehen. Ihren Beziehungen voll und ganz nachgegeben sind nur wenige und sind dies die Herren Wädereimeister Bär-Günther, Biele-Tobin, Göttsche, Wilmshoff, Wädereimeister-Pöschel, Eulenberg, Sonnen- bühnel-Röhmig, Hübner-Kabnan und Weiss-Kain. Nur zum Teil nachgekommen sind die Herren Wädereimeister Heber, Winkler und Schmidt in Klein-Randorf, Hennig-Göppmannsdorf, Pöschel-Pöschel, Ebert, Hinner und Hentschel-Pöschel, Göttsche, Krause-Bischoff, Henschel, nicht besprochen haben die Herren Wädereimeister Richter, Wittmann und Neumann- Witzel und Klein-Witzel, Gerhardt-Gottmannsdorf und Witzel- Zehnbauer. Nicht im Saal erschienen, da sie keine Gebühren bezahlen, die Herren Wädereimeister Tischler-Pöschel, Göttsche-Bischoff, Wädereimeister-Bischoff und Klein- Gottmannsdorf. Deswegen Wädereimeister, welche auf die Einladung der Verwaltung des Konsumvereins Pöschel nicht erschienen waren, wurde die Veranstaltung nachdrücklich vorgelegt, und sind dies die Herren Wädereimeister Kahl- Pöschel, Wolf und Riech-Weißbach, Nehrmann und Schrägel-Wiedersheim, Kahl-Neumannsdorf, Wiedersheim- Göttsche, Hinner-Göppmannsdorf, Wenzel-Göttsche, Göttsche-Kabnan und Hübner-Heinrich-Weinert-Gainberg, von welchen auch keiner die Veranstaltung anerkannte. Darauf ging folgende Resolution ein: „Die Besucher der heutigen öffent- lichen Versammlung erklären sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden und verpflichten sich, sowohl die Konsumvereinsmitglieder sind, auf die Verwaltung des Konsumvereins dahin zu wirken, daß die minimalen Anforderungen der Wädereigenossen von Seiten der in den Konsumvereine leistenden Wädereimeister eingehalten werden. Sollten diese gesetzlichen Anforderungen binnen vier Wochen nicht erfüllt sein, so ist diesen Konsumvereine die Lieferung zu erzwingen. Sollte dies die Verwaltung nicht thun, so werden die Mit- glieder Gehaltsbeiträge nehmen, diesen Beschlüssen der General- versammlung zu unterbreiten.“ Dieser Antrag wurde gegen vier Stimmen angenommen.

Erklärung.

Die Meisterorgane und verschiedene Provinzial- kationen in ihren letzten Nummern die schmerzliche Not, daß der Wädereigenosse Klammert auf dem fünften Rang der zentralisierten Gewerkschaften Deutschlands herabsinkt, die Unmöglichkeit der Wädereigenossen ihre Bedürfnisse gegenüber den zentralisierten Gewerkschaften nicht nachzuweisen können, weil der Meister der Wädereigenossen das ganze Geld nachschlagen habe. Meistens Einzelgänger unserer Landes fragen an, ob betreffende Reich auf unsere Zentral- organisation Bezug habe oder Unterstützung leisten könnten. Vorstehendes ist der Fall. Aus diesem Anlaß und um Miß- verständnissen vorzubeugen, geben wir uns gezwungen, zu erklären, daß dem Wädereigenossen der Wädereigenosse nicht frei von seinem damaligen Meister die Gelder unterbreitet wurden. Der Berliner Wädereigenosse ist Konsumvereinsmitglied und steht mit unserem Zentralverband nicht in Verbindung. Dies zur Aufklärung!

Der Hauptvorstand des deutschen Wädereigenossen.
J. A. C. Allmann.

Bekanntmachung des Ausschusses
Der Ausschuss hat in seiner am 25. September statt- gefundenen Sitzung Kenntnis genommen vom Ausschusse der Mitglieder Hans Schröder, Mitgliedschaft Altona, und Christ. Spensler von der Mitgliedschaft Lüneburg, J. A. C. Gahner, Vorsitzender.

Aster Gau. (Lübeck und Mecklenburg.)
Unsere diesjährige Gaukonferenz findet am Sonntag, den 13. Oktober, Vormittags 11 Uhr im Vereinshaus in Lübeck, Johannisstr. 50, 52 statt. Tagesordnung: 1. Berichterstattung: 1. Ge- schäfts- und Kassabericht. 2. Wie betreiben wir die Wädereigenossen? 3. Etwas über die Wädereigenossen. 4. Neu- wahl des Ausschusses. 5. Beschlüsse. 6. Anträge. 7. Sonstiges. 8. Schluß. In Mecklenburg werden ersucht, etwaige Beiträge unterzubringen, event. wenn sie auch an der Konferenz teilnehmen.
Der Gauvorstand.
J. A. C. Lowack, Lübeck, Chasotstr. 9.

Quittung.
In der Woche vom 23. bis 29. September gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:
Für den Monat August: Mitgliedschaft Plauenscher Grund M. 21.50, Landshut 46.00.
Für Juli und August: Cottbus M. 23.80.
Von Einzelmitgliedern der Hauptkasse: H. W. Kirch- ditzsch M. 1.70; H. M. Rosdorf 2.40; E. W. Kreische 4.50; A. S. Orth auf Fehrborn 5.—; F. W. Göttsche 6.30; H. G. Dölger 1.50; W. G. Marienwalde 4.10.
Für Abonnement: C. A. Plauen M. 4.—.
Für Protokolle vom Verbandstag: Mitgliedschaft Cottbus M. 2.25, Plauenscher Grund 5.85.
Ueber die eingegangenen Beträge quittiert dankend.
Der Hauptkassierer: Fr. Friedmann.
N.B. Das Mitglied Otto Fischer, Buchn. 14270, wird gebeten seine Adresse anzugeben: sollte sich derselbe einer Mitgliedschaft enthalten, dann werden die Vor- runde ersucht, die Adresse hierher gelangen zu lassen.
D. D.

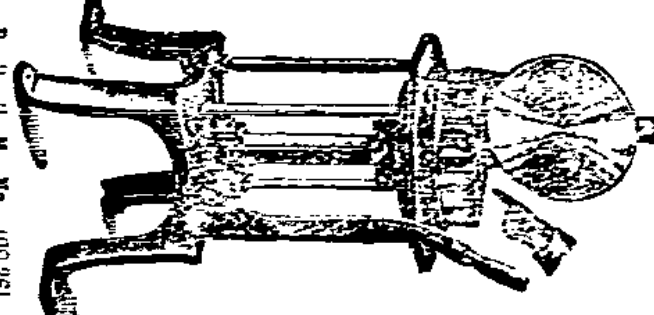
Anzeigen.

Mitgliedschaft Hamburg. Sekt. Weißbäcker.
Donnerstag, 10. Oktober, Vorm. 9 1/2 Uhr,
Versammlung
bei Hilmer, Gänjemarkt 35.
Tagesordnung: 1. Urabstimmung über Arbeitslosen- unterstützung. 2. Die Gaukonferenz in Lüneburg und Antrag hierzu. 3. Vor schläge zur Wahl der Delegierten. 4. Verschiedenes. [M. 2.40] Der Vorstand.

München. München.
Café Mikado.
Ecke Einlas, Rumpf- und Müllerstrasse.
Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag neuester
Hauptausstellung der Bäcker Münchens.

J. C. Meyer,
Gastwirthschaft und Frühstückslokal
Hamburg, Neuer Steinweg 54, Ecke Hütten
(früher 17 Jahre Gross-Neumarkt)
empfehlen den geehrten Bäckern sein Lokal aus Beste.

Reichhaltiges Lager in sämtlichen Bäckerei- und Konditorei-Bedarfsartikeln.



Prämiert mit Ehrentitel, goldener und silberner Medaille, Lübeck 1899.
Ehrenplatin und große goldene Fortschrittsmedaille.
Neueste einfachste
Zeitheilmaschinen,
anerkannt hervorragende Verbesserung.
Messer über den Teigrollen- herausstichbar, dicker bequemer, leichteste Reinigung, ohne dasselbe herauszunehmen.
Feinste Referenzen im In- u. Ausland.
Günstige Zahlungsbedingungen.
Alb. Mohr & Co.,
Maschinen-Fabrik, Pfaffens- u. S. 7,
Mühlentorstrasse 1, in München (am Bahnhof).
Vorunterworfene Maschinen wird gewarnt!

Prospekte und Kostenschätzungen gratis.

Rosenheim (Bayern).
Restaurant Frühlingsgarten
Berberge, Verbands- u. Verkehrslokal der Bäcker.
Treffpunkt jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag.
Besitzer: Josef Eder.

Stuttgart.
Gasthaus zum „Goldenen Löwen“
Am Marktplatz.
Verehrliche Bäckergehülfe!
Der Unterzeichnete empfiehlt seine Fremdenzimmer zu billigen Preisen, Mittagstisch, sowie kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit. [M. 2.90]
Freundlichem Besuch sieht entgegen
Christoph Häusser,
Am neuen Rathhaus, Eichstraße 5.
N.B. Bäckerzeitung liegt auf.

Staub und billig!
Kaufen Sie neue und getragene Herrenkleider in der Bekannten
Bäcker-Einkaufsquelle.
Große Auswahl in **Hosen, Anzügen, Ueberziehern u. Arbeitshosen** in allen Preislagen und Qualitäten.
Um zahlreichen Besuch bitten
J. H. Bloch, München,
Brunnenstr. 3, vis-à-vis Kreuzbräu.
(Bitte genau auf die Firma zu achten).

Verband deutscher Konditoren. Mitgliedschaft Hamburg.
Dienstag, 15. Oktober,
Zehnjähriges Stiftungs-Fest
im „Gammont-Gesellschaftshaus“, Bohe Bleichen 30,
(Inh.: D. Horn)
unter freundlicher Mitwirkung der Liedertafel
Amicitia-Concordia.
Saalöffnung 5 1/2 Uhr. Anfang 6 Uhr.
Alle Verbandskollegen nebst ihren werthen Damen sind hierzu freundlichst eingeladen. Arbeitslose Verbands- kollegen erhalten bei C. Diegner, Großneumarkt 28, I. eine Freikarte.
M. 5.—] Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.
Altona. Gemeinsh. Mitgl.-Vers. Sonntag, 13. Oktober, Nachm. 3 Uhr, bei Echhoff, große Freiheit.
Berlin. Mitgl.-Vers. Dienstag, 8. Oktober, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15.
Breslau. Mitgl.-Vers. Dienstag, 8. Oktober, Nachm. 3 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 2.
Bremen. Mitgl.-Vers. Sonntag, 13. Oktober, im Verei- nshaus, Hantelstr. 21—22.
Cottbus. Mitgl.-Vers. Sonntag, 6. Oktober, Nachm. 4 Uhr, bei Herrn Viesl, Schloßkirchstr. 12. (Wichtige Tagesordnung.)
Eberfeld. Mitgl.-Vers. Sonntag, 13. Oktober, Vorm. 11 Uhr, bei Reul, Klobbahn.
Forst i. L. Mitgl.-Vers. Sonntag, 6. Oktober, Vorm. 11 Uhr, bei Karl Schulz, Parkstr. 2.
Hamburg. (Sektion Grobbäcker) Mitgl.-Vers. Sonn- abend, 5. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr, bei Kammerer, Beuhausmarkt.
Hamburg (Sektion Weißbäcker) Mitgl.-Vers. Donnerstag, 10. Oktober, Vorm. 9 1/2 Uhr, in der Lessinghalle.
Lübeck. Öffentl. Vers. Sonntag, 13. Oktober, Nachm. 3 Uhr, im Vereinshaus, Zimmer 3. (Referent: Stoll- Friedmann-Hamburg.)
Kiel. Öffentl. Vers. Mittwoch, 9. Okt., bei Schröder am Markt. Vortrag von Dr. med. Weiß über Nachtarbeit.
Köln. Mitgl.-Vers. jeden zweitem Mittwoch im Monat, Nachm. 4 Uhr, bei J. Becker, Baulstr. 10.
München. Mitgl.-Vers. Mittwoch, 9. Oktober, Nachm. 2 Uhr, mit wichtiger Tagesordnung.
Neumünster. Mitgl.-Vers. Sonntag, 6. Oktober, Nachm. 4 Uhr, bei Kellermann, Börsenstr. 7.
Plauen i. Vogtl. Mitgl.-Vers. Sonntag, 6. Oktober, Nachm. 2 Uhr im „Esterthal“, Köhnerstraße.
St. Johann-Saarbrücken. Mitgl.-Vers. Sonntag, 6. Okt., im „Kaiserhof“, Dafenstr. 9.

Gaukonferenzen finden statt:
In Karlsruhe am Sonntag, 20. Oktober, Vorm. 10 Uhr, im „Auerhahn“, Schützenstraße.
In Lübeck am Sonntag, 13. Oktober, im Vereinshaus.
In Lüneburg am Sonntag, 20. Oktober, Vorm. 10 Uhr, in der „Lambertibierhalle“.
In Nirdorf am Sonntag, 13. Oktober, Vorm. 11 Uhr, im „Aposteltheater“, Herrmannstr. 48—50.
In Pilsen am Sonntag, 20. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, im Lokal Miesch, Brühlstr. 37.
In Neumünster am Sonntag, 20. Oktober, Vormittags 10 Uhr, bei Kellermann, Börsenstr. 7.
Für die Redaktion verantwortlich: D. Allmann, Hamburg, Gr. Neumarkt 28. — Verlag von D. Allmann, Hamburg. Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Eilbek, Friedenstr. 4.